

**Podiumsdiskussion am Mi. 23.1.2019
im Hotel Grauer Bär, Innsbruck
zum Thema:
„Tiroler Gemeinde- und Regionalstrukturen am Prüfstand –
von der Gemeinde zur Region.“**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

- **Oliver Christof** - Gemeindeverband Vorarlberg - „Erfahrungen mit Gemeindekooperationen in Vorarlberg“
- **Georg Keuschnigg** - Institut für Föderalismus - Kurzpräsentation Studie „Interkommunale Zusammenarbeit in Tirol“
- **Alfons Rastner** - Bürgermeister von Mühlbachl - Obmann Planungsverband Wipptal
- **Mag. Ernst Schöpf** - Bürgermeister von Sölden - Präsident Tiroler Gemeindeverband
- Moderation: **Mag. Anita Heubacher**
- Conclusio: **Dr. Anton Hütter**

Conclusio / Zwischenergebnis

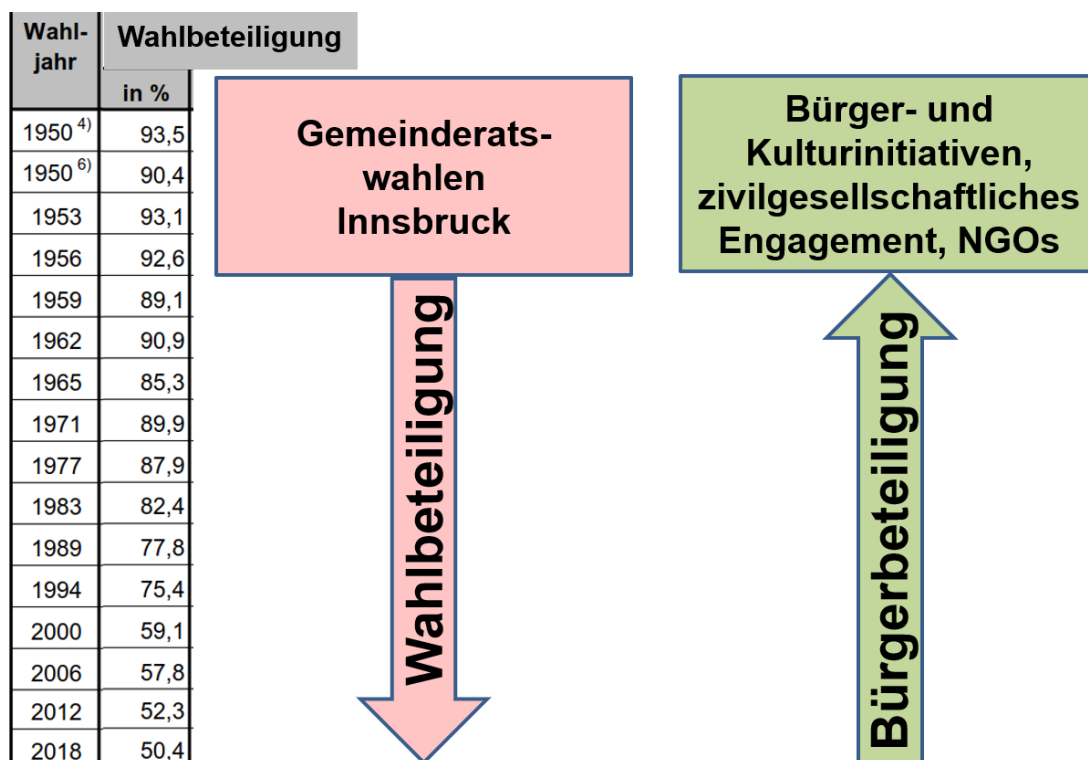
Bei dem weitgespannten Thema „Tiroler Gemeinde- und Regionalstrukturen am Prüfstand – von der Gemeinde zur Region“ lässt sich keine abschließende Conclusio formulieren. Eher eine Art Zwischenergebnis, d.h. ein - durchaus subjektives - Aufgreifen einiger Gedanken und Ideen sowie Überlegungen, was die nächsten Schritte sein könnten.

1 Ausgangssituation

Über die **Ausgangssituation** gab es einen breiten Konsens:

- Die Anforderungen an die Gemeinden steigen und die finanzielle Lage vieler Gemeinden ist sehr angespannt. Die Komplexität der kommunalen Aufgaben nimmt zu.
- Zeit des beschleunigten Wandels; die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln ändern sich; Politik und Verwaltung müssen konstruktiv auf diese veränderten Rahmenbedingungen reagieren und nach Möglichkeit vorausschauend planen und handeln.

- Demografische Entwicklung: steigender Anteil der älteren und sinkender Anteil der jüngeren Generation
- Die Ansprüche der Bevölkerung an Politik und kommunaler Verwaltung nehmen zu. Andererseits befindet sich die Politik in einer Art Repäsentationskrise und es wird immer schwieriger, Kandidaten für das Bürgermeisteramt und den Gemeinderat zu finden. Wahrgenommen wird eine zunehmende Kluft zwischen Bürgerinnen/Bürgern und Politik; die Wahlbeteiligung sinkt; andererseits gibt es eine wachsende Bereitschaft zur Partizipation jenseits typischer politischer Institutionen; die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich bei konkreten Entscheidungen mehr Mitsprachemöglichkeiten.



2 Ziele

Ebenso gab es viel Übereinstimmung, was die **Ziele** betrifft:

- Es gibt viele Bereiche, wo es mehr Kooperation zwischen den Gemeinden braucht; vor allem auch im Bereich der Raumordnung
- Damit ein verantwortungsvoller Umgang mit den knappen Ressourcen gewährleistet ist, braucht es Abstimmung und Zusammenarbeit
- Lukrieren von Synergien und Skalenerträgen durch die Zusammenarbeit.
- Öffentliche Planung so gestalten, dass mögliche Konfliktpunkte konstruktiv, sachgerecht und zukunftsweisend mit Blick auf ein zu definierendes und zu findendes Gemeinwohl aufgelöst werden können.

3 Mittel und Wege zur Zielerreichung

Unterschiedliche Auffassungen gibt es in Hinblick auf den **Weg und die Mittel**, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Das Spektrum reicht von



4 Grundtenor der Diskussionsbeiträge am Podium

Der **Grundtenor der Diskussionsbeiträge am Podium** war eher in Richtung Freiwilligkeit und das Betonen der Gemeindeautonomie

- Es gibt kein Generalrezept für die Zusammenarbeit; Fusionen sind kein Allheilmittel
- Die Landespolitik soll die Weiterentwicklung der Kooperationen auf freiwilliger Basis unterstützen und nicht von oben erzwingen.
- Die freiwillige Kooperation funktioniert sicher dort gut, wo es homogene Interessen gibt und die Kooperationspartner profitieren, d.h. dort wo es win-win-Situationen gibt.
- Fraglich ist, ob der Appell an die Freiwilligkeit auch dort hilft, wo es diese homogenen Interessen nicht gibt und es evt. gesellschaftliche Gruppen gibt, die vom Status quo profitieren und Angst haben, diese Vorteile zu verlieren. In Strukturen bilden sich Macht, Einfluss, Status etc. ab; deshalb sind Strukturen oft auch so schwer zu verändern.

5 Partizipation, prozessorientierte Entscheidungsfindung

- Was könnten nächste Schritte sein? Bisher wurde das Thema vor allem auf zwei Ebenen diskutiert, bearbeitet und dann über die Medien kommuniziert:
 - auf der Ebene der Politik und
 - auf der Ebene der Verwaltung und der Experten.
- Für die Bearbeitung der in der Podiumsdiskussion angesprochenen Themen ist eine dritte Ebene sicher hilfreich und wichtig und zwar die Ebene der Zivilgesellschaft (BürgerInnen, NGOs, verschiedene Anspruchsgruppen etc.).
- Hilfreich sind professionell und gut gestaltete Kommunikationsstrukturen und Orte, wo sich die Willigen und Engagierten einbringen und artikulieren können und dann auch

wirksam werden können. Dafür braucht es eine sorgfältige Gestaltung, ein individuelles Projektdesign und eine neutrale Moderation.

- Neben den klassischen Planungs- und Entscheidungsverfahren gibt es heute eine ganze Reihe von erprobten Formaten der Bürgerbeteiligung, die erfolgreich angewandt werden könnten. Reine Informationsveranstaltungen und Volksabstimmungen sind hier nur zwei Eckpunkte eines Spektrums und nicht immer die für die Problemlagen am besten geeigneten Methoden.
- Für diese Diskussions- und Verständigungsprozesse braucht es einen stabilen Rahmen, der von der Zivilgesellschaft, aber auch von der Politik entwickelt und zur Verfügung gestellt werden sollte.
- Entwicklung einer funktionierenden Beteiligungskultur; Betroffene zu Beteiligten machen, dh nicht nur top-down sondern wesentlich auch bottom-up Prozesse.
- Mancherorts noch gelebte paternalistische Strukturen müssen aufgeweicht werden. Das Prinzip „Erst intern entscheiden und dann in die Öffentlichkeit kommunizieren“ hat sich überlebt. Es braucht Klarheit, Transparenz und Offenheit, was die handlungsleitenden Interessen, die Motivation, die Ziele betrifft. Die üblichen PR-Aktivitäten sind in dem Zusammenhang meist kontraproduktiv.
- Bei komplexen und konflikträchtigen Projekten braucht es eine neue Beteiligungskultur und ein neues Paradigma: Von der traditionellen zur kooperativen Planung.

